Aus dem Inhalt: Kohle- und Stahlkrise Seite 2 Volkszählung Seite 3 Alternativen zum städt. Haushalt Seite 7

UZ Unsere Zeit Zeitung der DKP

notizen

Nr. 3
April 1987

aus Bottrop und Kirchhellen

Richtig sparen: Diäten senken

Haushaltsentwurf sieht weitere Belastungen für Bürger vor

Der Haushalt 1987, der jetzt in den Ausschüssen beraten wird, bringt kaum Neues und erst recht nichts Gutes. Die alte Litanei vom „Sparen", den Bürgern bis zum Überdruß bekannt, wird auch weiterhin strapaziert. Sie muß als Begründung für verschiedene soziale Grausamkeiten herhalten:

- **das Aus für Waldbreitbach**
- **Kürzungen bei Jugendfreizeiten**
- **Stellenabbau bei der Stadtverwaltung**
- **neue Gebühren für Sportvereine**
- **Schließung der Sauna Stadtmitte oder Rheinbaben**
- **weitere Gebührenerhöhungen für alle Bürger**

Auch weitergehende Rotstiftmaßnahmen wie die Schließung der Stadtbücherei-zweigstellen oder des Welheimer Hallenbads sind noch nicht vom Tisch. Eine stärkere finanzielle Belastung der Unternehmer, wie sie die DKP durch die Erhöhung der Gewerbesteuer fordert, ist dagegen nicht geplant. (Lesen Sie mehr über die alternativen Sparvorschläge der DKP auf Seite 7).

Dieselben Vertreter von SPD und CDU, die diese Streichungen bei den Bürgern propagieren, haben sich im letzten Jahr bekanntlich eine satte Diätenerhöhung gegönnt. Zur Erinnerung: für **ehrenamtliche Tätigkeit** bekommt der Oberbürgermeister jetzt 3379 DM (vorher 1780,50 DM), die Fraktionsvorsitzenden jetzt 1879 DM (vorher 1030,50 DM) monatlich. Dazu kommen noch reichliche Sitzungsgelder. Auch dort sollen keinerlei Abstriche gemacht werden. Die DKP ist da ganz anderer Meinung: Unter dem Motto „statt Streichungen bei den Bürgern lieber Streichungen bei den Diäten" hat sie eine großangelegte Unterschriftensammlung gestartet. Damit soll die Rücknahme der Diätenerhöhung erreicht werden. Dadurch könnten jährlich ca. 430 000 DM eingespart werden.

Was tun, wenn der Zähler kommt?

?

Lesen Sie S. 3

Jeden Samstag stehen DKP-Mitglieder am Altmarkt:

Der letzte Vorhang ist gefallen . . .

. . . in der Schauburg. Am 4. April lief vor vollem Haus die Abschiedsgala „Zappendusta" als allerletzte Vorstellung über die Bühne. Jetzt kommt der Abrißbagger und hinterläßt viel Schutt, etwas Wehmut und eine Menge Wut im Bauch bei vielen Bürgern unserer Stadt, die die Schauburg zwar nicht als die schönste und zweckmäßigste Theaterbühne in Erinnerung behalten werden, aber doch als die einzige. Und dafür hat die Stadt Bottrop bis heute noch keine Alternative vorzuschlagen. Bei 116000 Einwohnern ein unhaltbarer Zustand.

Hier können Sie unterschreiben:

„Ich bin gegen die unsozialen Streichungen im Haushalt und für die Rücknahme der Diätenerhöhung."

Name: _____

Adresse: _____

Unterschrift: _____

(ausschneiden und einsenden an:
DKP, Horster Str. 88, 4250 Bottrop)

Eine Chance für Vernunft

Siggi Rutz, DKP-Fraktionsvorsitzender

Haushaltsberatung 1987: unsere Stadt ist pleite. Wenn man Einnahmen und Ausgaben gegenüberstellt, fehlen rund 7 Millionen in der Kasse. Wenn die DKP-Fraktion in der Vergangenheit genau diese Entwicklung prophezeite, wurde sie stets der „Schwarzmalerei" bezichtigt. Nun stellt sich die Frage, wie man aus dieser Misere wieder herauskommen kann, und da scheiden sich die Geister. Die Grünen/Alternativen stehen ziemlich hilflos vor den Problemen der Gemeindefinanzen. Ihre umweltpolitischen Ansatzpunkte reichen da nicht aus. Die Rezepte der CDU sind bekannt: noch mehr Arbeitsplätze bei der Stadt vernichten, noch mehr Gebühren und noch weniger Leistungen für die Bürger. Das kennen wir schon aus Bonn.

Dort sitzen die Hauptverursacher der Bottroper Probleme, der Arbeitslosigkeit und der Gesetze, die die Gemeinden finanziell aushungern. Gegenwehr gegen diese Kumpanei aus Kabinett und Kapital ist für Bottrop lebensnotwendig. Und was hat die SPD-Fraktion als stärkste politische Kraft in dieser Hinsicht zu bieten? Jedenfalls keine Ideen, keine neuen Wege und vor allem kein Aufbegehren gegen die „Sachzwänge". Was in anderen Städten und im Bundestag von der SPD an Positivem zu hören ist, schlägt sich in Bottrop kaum nieder. Hier bestimmt nach wie vor OB Ernst Wilczok die Richtlinien der SPD-Politik. Diese Politik hat uns in die derzeitige Misere hineingeführt, und eine Fortsetzung dieser Politik wäre nichts anderes als die Fortsetzung der Misere.

Die DKP-Fraktion hat vernünftige Vorschläge zur Gesundung der städtischen Finanzen erarbeitet (siehe S. 7). Und wir geben die Hoffnung nicht auf, daß Vernunft sich letztendlich durchsetzt.

DKP-Bürgerberatung

dienstags, 17 bis 19 Uhr, DKP-Zentrum Horster Straße 88, Telefon 68 81 57

Kohle und Stahl: Solidarität geboten!

Gegen den Kahlschlag bei Stahl und Kohle hat sich im Revier breiter Widerstand entwickelt. Am 18. 3. war der Stahl-Aktionstag in Oberhausen (unser Foto), wo 35 000 Menschen für den Erhalt der Arbeitsplätze bei Thyssen demonstrierten. Schulen, Banken, Geschäfte und Betriebe blieben geschlossen. Eine ganze Stadt brachte die Sorge um ihre Zukunft zum Ausdruck.

IGM-Vorsitzender Steinkühler kündigte an, daß die „Kundgebungen nur der Auftakt für weitere Formen des gewerkschaftlichen Widerstandes, für vielfältige Formen des sozialen Protestes" sind. Er unterstrich das prinzipielle Ziel, die Vergesellschaftung der Stahlindustrie.

Diese Forderung wurde auch auf der von der DKP beantragten Ratssondersitzung in Bottrop laut. 200 Bottroper sind direkt von den geplanten Entlassungen bei Thyssen in Oberhausen betroffen. Doch dies wäre nur die Spitze eines Eisberges. Gehen bei Stahl die Lichter aus, geht es auch mit der Kohle bergab. Solidarität von Stahl- und Bergarbeitern ist daher das Gebot der Stunde. Siggi Rutz, DKP-Fraktionsvorsitzender: „Hauptursache für das Vorgehen des Thyssen-Konzerns ist das Profitinteresse. Der Kampf der IG Metall ist von existentieller Bedeutung für unsere Region. Wenn Millionen zusammenhalten, sind sie stärker als Millionäre." Wegen der besonderen Dramatik der Situation hat die DKP-Fraktion eine Sondersitzung zum Thema Kohle beantragt.

Michael Gerber, Tel. 96227

Notizen aus dem Rat

Ein Paradebeispiel für das Demokratieverständnis der CDU ist die Abstimmung über die vorzeitige Auflösung der Adolf-Kolping-Schule. DKP-Vertreterin Waltraud Zachraj stimmte gegen diese Pläne und folglich auch gegen deren Weitergabe an die Schulkonferenzen. Dieses Verhalten wurde von Roland Trottenburg, CDU, als undemokratisch gewertet. Er verschwieg allerdings, daß die Schulkonferenzen nur „angehört" werden und keine Möglichkeit haben, die Schließung der Schule zu verhindern. Trottenburg selber, als echter Demokrat, begrüßte die Schulschließung ausdrücklich, ohne sich einen Deut um die berechtigten Proteste von Eltern und Schülern zu kümmern.

★ ★ ★

Einst gebärdete er sich wie ein leuchtender Komet am Rathaushimmel: Dieter Drabiniok (GAL) trat im Februar 1986 an, grüne Politik im Bottroper Rat zu machen. Eine weitere Sitzung hielt er noch durch, dann ward er nicht mehr gesehen. Seitdem hat die GAL nur noch drei Sitze: Drabiniok hat es bisher nicht für nötig gehalten, sein Mandat niederzulegen und blockiert damit auch jede/n Nachfolger/in. Der verloschene Stern kassiert für seine Nichtanwesenheit übrigens monatlich 379,– DM.

★ ★ ★

Bei der Ratssondersitzung zum Thema Stahlarbeitsplätze bei Thyssen waren die Ratsmitglieder fast komplett anwesend. Einheitlich abwesend waren allerdings die IGBE-Mitglieder der CDU-Fraktion. Wußten sie etwa vorher, was ihr Fraktionsvorsitzender Trottenburg zum Thema Kohle und Stahl zu sagen hatte? Dann wäre ihr Wegbleiben allerdings verständlich. Seine Aussagen (von Kohlscher Qualität!) hätten wahrscheinlich selbst ihnen die Schamröte ins Gesicht getrieben.

Ausbau der Kernenergie läßt Zechen im Revier sterben

Ohne Kohle keine Zukunft

In den Städten des Reviers klingeln die Alarmglocken. Im Ergebnis des jahrelang bevorzugten Ausbaus der Kernenergie droht die Stillegung von Zechen. Über die Ursachen dieser neuerlichen Kohlekrise und über Auswege daraus sprachen die „UZ-Notizen" mit Bruno Willuweit, Betriebsrat auf der Schachtanlage Osterfeld, Mitglied der SPD.

UZ-Notizen: Worin liegen deiner Meinung nach die Ursachen für die Krise im Bergbau?

B. Willuweit: Da wirken viele Faktoren zusammen: Der Ölpreissturz, der niedrige Dollarkurs, die sinkende Stahlproduktion und nicht zuletzt der Ausbau der Kernenergie. Demnächst sollen weitere Kernkraftwerke ans Netz gehen, die den Steinkohlestrom weiter verdrängen werden.

UZ-Notizen: Aber als Ölpreis, Dollarkurs und die Stahlproduktion hoch standen, wurde doch auch eine Drosselung der Kohleförderung durchgeführt, wodurch über 15 000 Arbeitsplätze im Bergbau verlorengingen.

B. Willuweit: Das stimmt. Und das zeigt, daß nicht in erster Linie die weltwirtschaftliche Lage verantwortlich ist, sondern verantwortlich ist die Bundesregierung mit ihren politischen Reaktionen darauf. Die Bundesregierung betet die Marktwirtschaft an wie einen Götzen. Um die sozialen Belange der Beschäftigten in der Kohle kümmert sie sich dabei genausowenig wie um die der Stahlarbeiter.

Bruno Willuweit

UZ-Notizen: Also ist eine andere Politik gefragt?

B. Willuweit: So ist es. Kernenergie und Kohle haben nebeneinander keinen Platz mehr. Einer muß den Platz räumen. Sinnvoll wäre es, wenn das die Kernenergie täte. Sie ist letztendlich teurer. Und wenn wir die darin steckenden großen Risiken bedenken, kann sie unter Umständen teurer werden als unser Leben. Was Teureres gibt es aber nicht.

UZ-Notizen: Du bist Oberhausener, wir sind Bottroper. Spielt das für dich eine Rolle?

B. Willuweit: Na klar, ich bin gerne Oberhausener, und ihr seid wohl gerne Bottroper. Aber wenn es um Kohle und Stahl geht, gehören nicht nur wir zusammen, sondern das ganze Revier. So wie in Oberhausen Tausende Bottroper, so arbeiten in Bottrop Tausende Oberhausener. Da darf es kein Kirchturmsdenken geben. Solidarität ist das Nötigste, was wir brauchen. Nur so können Kohle und Stahl als Zukunftsbasis des Reviers gerettet werden.

Herausgeber für den Kreisvorstand der DKP Bottrop und die DKP-Fraktion des Rates der Stadt Bottrop:
Siggi Rutz

Verantwortlich für den Inhalt:
Michael Gerber
Horster Straße 88
4250 Bottrop

Druck:
Plambeck & Co, Neuss

Volkszählung: Tips und Hintergründe

Was wird alles gefragt?

Diese Volkszählung unterscheidet sich erheblich von vorhergegangenen in der Bundesrepublik. Es werden neue, andere Fragen gestellt, insgesamt über 70!. Und die Fragebögen sind computerlesbar, und Ihre Daten werden gespeichert – sie sind also auch in Jahren noch in Sekundenschnelle abrufbar. **Mißbrauch der Daten ist zwar verboten – aber technisch jederzeit möglich.** Wer gibt die Garantie, daß die Datenschutzgesetze auch in einigen Jahren noch gültig sind?

Bei der Volkszählung geht es nicht um die unverfängliche statistische Erfassung der Bevölkerung. Denn es wird nicht nur die Zahl der Bürger ermittelt, ihr Alter und Geschlecht.

Gefragt wird auch nach der Schulbildung, Beruf, nach der Arbeitsstelle, nach den Einnahmequellen und selbst nach der Miethöhe und Religion.

Sind die Daten erst im Computer gespeichert, hat der Bürger keinen Einfluß mehr darauf, was mit ihnen geschieht.

Im Zusammenhang mit den „Sicherheitsgesetzen" kann jeder Bürger ohne sein Wissen vom Staat und bestimmten Privatfirmen durchleuchtet werden. **Es drohen eine totale Kontrolle und ein Abbau der Demokratie.**

Wem nutzt die Volkszählung?

Mitte Mai soll die Volkszählung erneut starten. 1983 ist der letzte Versuch dazu gescheitert, die Bundesregierung mußte durch große Bürgerproteste eine Niederlage hinnehmen. Jetzt will die Regierung die Datenerfassung mit aller Gewalt durchsetzen, ein großes Trommelfeuer an falschen Behauptungen, Verharmlosungen und Drohungen gegenüber Kritikern hat eingesetzt.

Es wird behauptet: die Daten werden benötigt, damit der Staat besser für die Bürger planen kann. Aber glaubt jemand wirklich, mit den Angaben der Volkszählung werden die Arbeitslosigkeit eingedämmt und Sozialhilfe und Renten erhöht? Meint jemand, wegen der Volkszählung wird ein Kindergarten oder eine Gesamtschule mehr gebaut?

Die Daten, die das Volk interessieren, werden nicht erfaßt und erst recht nicht offengelegt. Für Steuerbetrüger, Arbeitsplatzvernichter, Rheinvergifter, Hochrüster und Miethaie funktioniert der Datenschutz weiter tadellos.

Und was passiert mit den Daten? Die Regierung macht kaum Aufhebens darüber, daß die Angaben nicht nur in Statistiken gesammelt werden.

CDU/CSU und FDP haben exakt ins Gesetz reingeschrieben, daß **Privatfirmen gegen geringe Gebühr alle Daten bekommen** können.

Und so kann ein Unternehmer bald kaufen: Die Angaben der Bürger jeder Stadt, fein säuberlich nach Straßen- und sogenannten Blockseiten (eine Straßenseite zwischen zwei Einmündungen) und mit Ausnahme der persönlichen Daten alles erfahren: Wie alt die Bewohner sind, wieviel Rentner, Berufstätige, Sozialhilfefälle und Arbeitslose, Miethöhe, Verkehrsmittel zur Arbeit, die Wohnung Bad und Heizung hat usw. Und das soll gut sein für das Volk?

Das ist höchstens gut für Miethaie, Bodenspekulanten, Werbefirmen, Werkschutz und für totale Überwachung.

Deswegen sagt die DKP: Volkszählung – nein danke. **Für das Volk ist diese Zählung nicht nur überflüssig, sondern sogar gefährlich.**

Deswegen wehren wir uns dagegen. Wir wehren uns auch dagegen, daß die Stadt Bottrop fast 2 Mio. Mark für die Erfassung ausgibt und gleichzeitig Geld überall fehlt. Wir wehren uns dagegen, daß städtische Bedienstete für die Zählung eingesetzt werden und ihre Arbeit, wie Anträge auf Sozialhilfe oder Wohngeld, liegenbleibt.

Wir meinen: Die Bundesregierung hat noch Zeit, das Ganze abzusetzen.

Irmgard Bobrzik, Ratsfrau, Telefon 6 20 20.

Ihre Rechte:

Sie brauchen dem Zähler keine Auskunft zu geben, außer Ihrem Namen und die Anzahl der Bewohner in Ihrer Wohnung. **Sie müssen sich noch nicht einmal ausweisen** – aber der Zähler muß sich ausweisen. Sie dürfen sogar den Namen und die Dienstausweisnummer des Zählers notieren.

Lassen Sie sich den Fragebogen und Rücksendeumschlag aushändigen.

Was passiert nun, wenn Sie den Bogen nicht wieder abgeben oder per Post schicken?

Das wird davon abhängen, wieviele Leute das ebenfalls tun. Im schlimmsten Fall bekommen Sie dann nach 14 Tagen eine schriftliche Aufforderung. **Später** sind auch Geldbußen möglich. Aber: Zunächst einmal muß das Amt sich ja mit den Fällen herumärgern, wo Bürger sich im Urlaub, im Krankenhaus, auf Montage oder bei Verwandten befinden. Will Minister Zimmermann diese Leute etwa auch alle bestrafen?

Sie können es also ruhig einmal darauf ankommen lassen – notfalls können Sie jederzeit den Bogen nachreichen!

Was passiert, wenn Sie den Bogen falsch ausfüllen? Auch da droht Minister Zimmermann mit Geldbußen. Aber: Wie will der Minister feststellen, ob man falsche Angaben absichtlich macht oder die Frage nicht verstanden hat?

Im Gesetz steht auf jeden Fall: **das Amt darf über Sie keine Erkundigungen einziehen!** Es darf also nicht ihren Vermieter fragen oder beim Arbeitgeber oder bei anderen Behörden. Das Amt darf **nur** bei solchen Fragebögen nachfragen, wo z. B. eine 70jährige Großmutter angibt, als Bergmann tätig zu sein. Und auch in diesem Fall darf das Amt sich nur an denjenigen wenden, der den Bogen ausgefüllt hat.

Was passiert, wenn Sie nicht angetroffen werden? Der Zähler versucht mehrere Male, sie in der Wohnung anzutreffen. Sollte das nicht gelingen, muß das Amt versuchen, Sie per Post zu erreichen.

Was passiert, wenn Unterlagen bei der Post verloren gehen oder manchmal nur leere Umschläge ankommen? Da bleibt dem Amt nichts anderes übrig, als es nochmal oder per Einschreiben zu versuchen.

Siggi Rutz, Tel.: 28180

Schon die Bibel . . .

. . . berichtet vom Mißbrauch der Volkszählung unter den Römern gegen das Volk. Wegen der angeordneten Volkszählung, so erzählt das Neue Testament, mußten sich der Schreiner Josef aus Nazareth und seine hochschwangere Frau Maria auf den Weg machen, und sie bekamen ihr Kind in einem Stall. Die Daten der Zählung brauchte der römische Kaiser zur Erhebung der Kopfsteuern und zur Rekrutenaushebung. Und der römische Statthalter Herodes benutzte die Unterlagen der Zählung, um bei der Suche nach dem „Erlöser Israels" alle männlichen Erstgeborenen umbringen zu lassen. Auch die Eltern von Jesus leisteten Widerstand, sie flohen nach Ägypten.

Noch Fragen?

Wenden Sie sich an das DKP-Zentrum, Horster Str. 88/Eingang Germaniastraße, Tel. 688157. Oder: Bürgerinitiative Volkszählung.

Mittwochs von 16 bis 19 Uhr und freitags von 17 bis 19 Uhr unter der Tel.-Nr. 688898.

- **Lassen Sie den Zähler nicht in Ihre Wohnung.**
- **Lassen Sie sich die Fragebögen aushändigen, geben Sie an, daß Sie die Bögen per Post zurücksenden.**
- **Geben Sie keine Auskunft über Ihre Nachbarn.**
- **Informieren Sie sich gründlich, und sprechen Sie mit Freunden.**
- **Überlegen Sie genau, was der Staat über Sie wissen soll.**

KARLSBAD

In diesem größten und bekanntesten Kurort in der Tschechoslowakei kuriert man mit beachtlichem Erfolg Magen-, Leber- und Gallenkrankheiten, Gicht, Fettsucht und Diabetes, aber auch Erkrankungen des Bewegungsapparates.

Mit Pkw oder Bahn zu jedem bestellten Termin; mit dem Bus ab/bis Frankfurt in alle Sanatorien vom

15. 4. – 6. 5. **2. 9. – 23. 9.**
6. 5. – 27. 5. **23. 9. – 14. 10.**

Pauschalkurpreis
(Arzt + Kur + Verpflegung + Unterkunft)
in Doppelzimmern ab 1050,– bis 2205,– DM;
in Einzelzimmern ab 1302,– bis 2606,– DM;
dazu Bus + Visum 150,– DM.

Bitte Prospekt und
Preisinformation anfordern.

Reisedienst
Lieselotte Schmidt
+ Günter Arndt
Am Steinernen Kreuz 9
6230 Frankfurt 80
Telefon (069) 395565 (9 bis 15 Uhr)

FOTOSAISON
zu jeder Jahreszeit

Sonnenschein, Regen, Elektronenblitz ... so universell ist der

Orwochrom UT 18

der echte ALLWETTERFILM
aus Wolfen,

für Dias voll strahlender Brillanz

VEB FILMFABRIK WOLFEN
Fotochemisches Kombinat
Deutsche Demokratische Republik

SATURN TOURS

bietet den ungewöhnlichen UNGARN-Urlaub. Den Dorftourismus.

Am rechten Ufer des Speichersees **Tisza 2** entsteht ein Ferienparadies, das allen Urlaubswünschen gerecht wird.
In schilfrohrgedeckten Bauernhäusern, die charakteristisch sind für die romantische Tisza-(Theiss-)Landschaft, leben und erleben Sie die Gewohnheiten und Lebensweise der ungarischen Landbevölkerung. Sie können sich aktiv betätigen, die nahe Puszta, den Nationalpark mit Hortobágy oder auch das traditionsreiche Weinanbaugebiet um Eger erkunden. **Tisza 2** bietet Wasserratten jeden Alters Ferienspaß.

Haben wir Sie neugierig gemacht?
Mehr Informationen erhalten Sie von

SATURN TOURS

Wesselényi U. 61
H-1077 Budapest VII
Ungarn
Tel.: 00 36/1/2 23-8 47

Heinz Bonk/Rainer Reinecke

Rüstungspolitik und Arbeiterklasse

Der destruktive Charakter der imperialistischen Rüstungsproduktion und seine gesellschaftlichen Folgen

Diese Schrift beantwortet präzis und wissenschaftlich fundiert ganz akute Fragen: Stimuliert oder hemmt die Rüstungsproduktion das Wirtschaftswachstum im Kapitalismus? Vermag sie Widersprüche zu lösen oder schürt sie diese? Schafft oder gefährdet sie Arbeitsplätze? Wie hängen äußere Aggressivität des Imperialismus mit innerer Reaktion zusammen? Welche Vorstellungen und Möglichkeiten gibt es in der internationalen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung gegen imperialistische Rüstungspolitik?

Herausgeber: Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED
299 Seiten · Mit 24 Tabellen und 2 Übersichten im Text
Broschur · 11.50 DM + Mwst.
Bestellangaben: ISBN 3-320-00715-7
737 767 3/Bonk.Ruestungspolitik

Ihre Bestellung richten Sie bitte an eine Buchhandlung.

Dietz Verlag Berlin
DDR - 1020 Berlin, Wallstraße 76–79

Ideale Verbindung:

Vielfalt und Leistung

Musikinstrumente aus der DDR sind international fortdauernd hochgeschätzt durch das unvergleichliche Qualitätssortiment für alle Ansprüche. Denn in den modernen Fertigungsstätten blieb bis heute eine über 300jährige Tradition lebendig, besonders geprägt von den berühmten Musikstädten Markneukirchen und Klingenthal. Alles in allem ein Angebot, daß jeden Musikfreund überzeugt.

Michail Gorbatschow: Frieden und Demokratie im Sozialismus

Bei Meinungsumfragen kommt er gut weg, der Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow. So halten 60 Prozent der Bundesbürger nach einer Umfrage der Mannheimer Forschungsgruppe „Wahlen" Gorbatschow für einen Mann, dem „man trauen kann". Worin liegt dieses doch erstaunliche Vertrauen für den sowjetischen Politiker begründet?

Gorbatschow gilt als ein Begründer des „neuen Denkens" in der Sowjetunion, das insbesondere in der Abrüstungsfrage von im Atomzeitalter überholten Vorstellungen abrückte. Radikale Abrüstungsvorschläge gehören zum Markenzeichen der Politik der sowjetischen Kommunisten und liegen damit in der Tradition der von Lenin begründeten Friedenspolitik.

Dabei bleibt das von Gorbatschow geprägte „neue Denken" keineswegs bei der Außenpolitik stehen. Auch überholte Strukturen in Wirtschaft und Staat will die KPdSU, auf sozialistischer Grundlage, umgestalten. Mittel dieser Umgestaltung ist insbesondere ein weiterer Ausbau der sozialistischen Demokratie, die die Beteiligung möglichst vieler Menschen, sichern hilft. So sollen zum Beispiel bei Wahlen zu dem Posten eines Betriebsdirektors, undenkbar für bundesdeutsche Verhältnisse, mehrere Kandidaten zur Verfügung stehen.

Deutlich zurückgewiesen hat Gorbatschow Hoffnungen einiger Kreise in westlichen Ländern, sein Kurs würde zu einem Wiedererstehen kapitalistischer Verhältnisse in der UdSSR beitragen. Ganz im Gegenteil geht es der KPdSU um die Stärkung der sozialistischen Ordnung, die schließlich Wohlstand und Demokratie für die arbeitende Bevölkerung sichern soll. Im siebzigsten Jahr nach der Oktoberrevolution hat dieser Kurs große Erwartungen in- und außerhalb der UdSSR geweckt.

Inwieweit die sowjetischen Kommunisten, das ganze sowjetische Volk allerdings die Möglichkeit haben werden, ihre friedlichen Pläne in die Wirklichkeit umzusetzen, hängt nicht allein von ihnen ab. Denn in erster Linie braucht die Sowjetunion zur Realisierung der Pläne Gorbatschows den Frieden ...

Norbert Schäfers, Tel.: 28836

Mit dem sowjetischen Botschafter J. Kwizinski sprach DKP-Fraktionsvorsitzender Siggi Rutz über die Probleme des Reviers mit Kohle und Stahl. Der Botschafter begrüßte den DKP-Vorschlag, eine „Kooperationsinitiative UdSSR–Ruhrgebiet" für verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit zu starten.

Fragen an den Papst

Am 2. Mai wird Papst Johannes Paul II. unsere Stadt besuchen. Die Meinungen über dieses Ereignis gehen zweifellos auseinander.

Aber wie man auch immer zu diesem Besuch stehen mag: Er wirft angesichts der aktuellen Situation einige Fragen auf, über die das Nachdenken lohnt. Der Besuch des Papstes erfolgt auf Einladung von Stahl- und Bergarbeitern aus dem Ruhrgebiet. Dahinter stand sicher der Wunsch, daß die katholische Kirche sich näher mit den Sorgen und Problemen der Menschen beschäftigen möge, die an Rhein und Ruhr leben. Und Probleme haben wir bekanntlich genug. Die Stillegung von zwölf Schachtanlagen ist im Gespräch. Die Stahlstandorte Oberhausen und Hattingen sollen vernichtet werden, wenn es nach dem Willen von Thyssen geht. Die Menschen im Revier haben berechtigte Angst um ihre Existenz. Aber sie haben auch Wut. Die zeigen sie in den großen Demonstrationen, Warnstreiks und Mahnwachen. Die meisten dieser Arbeiter im Ruhrgebiet sind Mitglieder der katholischen Kirche. Was wird Johannes Paul II. ihnen sagen? Wird er ihnen das Recht zugestehen, für ein menschenwürdiges Dasein auf der Erde zu kämpfen und nicht auf ein Leben nach dem Tod zu warten? Wird er ihnen sagen, daß die Kirche auf ihrer Seite steht und nicht – wie schon so oft in ihrer Geschichte – auf der Seite der Mächtigen?

Herbert Schröer
Telefon: 2 54 05

Bürger: Grün statt Supermarkt

Was passiert mit dem Gelände der Schwarzen Schule? Diese Frage war Inhalt einer Bürgerversammlung im Eigen. Nach Abriß des Gebäudes gäbe es drei Möglichkeiten der Nutzung: eine Grünfläche, Wohnbebauung oder die Ansiedlung eines Supermarktes. Die übergroße Mehrheit der Bürger sprach sich für eine Wohnbebauung mit viel Grün aus und wurde dabei von DKP und CDU unterstützt. Die SPD konnte den Supermarkt niemandem schmackhaft machen. Jetzt muß der Planungsausschuß die Sache beschließen.

Keine Sauna darf schließen!

Nachdem durchgesikkert ist, daß nur eine städtische Sauna erhalten bleiben soll, herrscht große Sorge bei den Benutzer(innen). Mehrere hundert Unterschriften wurden schon zum Erhalt des medizinischen Bades Rheinbaben gesammelt und der Verwaltung übergeben. Die Forderung: es darf keine Sauna geschlossen werden, weder die in Rheinbaben noch die in der Stadtmitte. Im Sportausschuß bestritt Dezernent Löchelt alle Schließungspläne. Niemand denke auch nur daran, behauptete er.

Ostermarsch Ruhr '87 von Duisburg nach Dortmund

Atomteststopp sofort – Keine Weltraumwaffen! Wir brauchen Frieden und Arbeitsplätze durch Abrüstung!

Auch 1987 unterstützen Bottroper Persönlichkeiten den Ostermarschaufruf. Gewerkschafter, Politiker, Pfarrer usw. unterstützen neben Forderungen an die Bundesregierung auch folgende Forderung für Bottrop: „In unserer Bevölkerung ist die Erinnerung an das Trümmerfeld Bottrop des Jahres 1945 noch sehr lebendig. Die militärischen Vorgänge auf der Berghalde der Zeche Franz Haniel lassen uns befürchten, daß unsere Heimatstadt erneut Zielpunkt oder Ausgangspunkt einer solchen Zerstörung sein kann. Wir fordern daher dringend, über Zielsetzung und Bedeutung der sich wiederholenden Übungen amerikanischer Truppen auf der Berghalde die Öffentlichkeit umfassend zu informieren."

Die Bottroper Friedensinitiative setzt auch in diesem Jahr Busse ein, die täglich zu den Abmarschpunkten fahren. Karten sind bei der Evangelischen Jugend und im DKP-Zentrum erhältlich (Nichtverdiener 3,– DM, Verdiener 5,– DM). Abfahrtszeiten sind: 18. 4. um 8.00 Uhr, 19. 4. um 9.00 Uhr, 20. 4. um 9.00 Uhr. Abfahrtsort ist der Gleiwitzer Platz.

Glasnost und Perestrojka – literarisch

Europa an der Schwelle des 3. Jahrtausends

Gedanken zum Frieden und der Erhaltung der Umwelt des Menschen

Brücken-Verlag, Düsseldorf
456 Seiten, kt., DM 29,80
Best.-Nr.: 549 493

Vom Rhein bis zum Ussuri – ein Dialog deutscher und sowjetischer Dichter, Denker und Wissenschaftler.
"Ist man sich bewußt, daß ein dritter Weltkrieg die endgültige Weltzerstörung bedeutet, dann wird mancher Text dieses Buches wichtig wie das Brot, die Atemluft und der Herzschlag."(Josef Reding)

Sowjetunion zu neuen Ufern?

27.Parteitag der KPdSU
Dokumente und Materialien

Brücken-Verlag,Düsseldorf
1986

501 Seiten,74 Seiten Anhang,
kt.,DM 19,80
ISBN 3-87106-198-0
Das Dokumenten - Lesebuch enthält die Referate von Gorbatschow und Ryschkow, Programm, Statut, Hauptrichtlinien der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung bis zum Jahr 2000, Schlußwort von Gorbatschow, Dreistufen-Programm zur Beseitigung aller Atomwaffen bis zum Jahr 2000. Lexikalischer Anhang und Einleitung von Dr. Gert Meyer.

Wladimir Tendrjakow

Der feste Knoten Das Ableben

Romane

Volk und Welt, Berlin
592 Seiten, geb., DM 19,80
Best.-Nr.: 517 425

Der Band enthält zwei bisher nicht ins Deutsche übersetzte Romane Tendrjakows."Der feste Knoten" – ein "Tauwetter"-Roman, 1956 erstmals erschienen – erweist sich noch heute als tiefes und gewichtiges Buch jener Zeit: Der Held des Romans Mansurow, von den besten Absichten beseelt, kritisiert zu Recht bürokratische Methoden der Leitung. Als er selbst 1. Sekretär des Bezirkes wird, wiederholt er auf neuer Ebene die alten Fehler, weil er die verhängnisvollen gesellschaftlichen Strukturen nicht durchschaut.Er verursacht ökonomisches Chaos und muß abgesetzt werden.

Ilja Ehrenburg

Über Literatur

Essays, Reden, Aufsätze

Tauwetter

Roman

Volk und Welt, Berlin
560 Seiten, geb., DM 16,80
Best.-Nr.: 542 126

Nach Ehrenburgs Roman ist eine ganze Epoche benannt, die Zeit der Veränderung nach dem 20.Parteitag der KPdSU. Ehrenburg geht der Frage nach, wie Schönfärberei, Korruption und Schlamperei entstehen.
Ein heute noch aktueller Roman, passend zu den Diskussionen in der Sowjetunion.

collectiv literatur

BESTELLSCHEIN

zur ab 50.- DM portofreien Lieferung gegen Rechnung

Anzahl	Titel	ABSENDER nicht vergessen!
		Name
		Vorname
		Straße
		PLZ Ort

Bitte ausschneiden und senden an: Auch einfache Postkarte genügt!

collectiv-Buchhandlung
4300 Essen 1, Viehofer Platz 15
Karl-Liebknecht-Buchhandlung
Telefon (02 01) 23 20 14

An den richtigen Stellen sparen!

Alternatives Haushaltskonzept der DKP

SPD und CDU legen immer neue Konzepte vor, wie man bei den Bürgern sparen kann. Die DKP wehrt sich nicht nur gegen solche Pläne, sie stellt sogar noch weitergehende Forderungen, wie z. B. die Einrichtung einer zweiten Gesamtschule, den Bau von Turnhallen in Kirchhellen, an der Overberg- und der Berufsschule, und den Bau eines Theaters. Dies mag angesichts der derzeitigen Finanzlage unverständlich erscheinen. Aber die DKP macht auch Vorschläge, wo das Geld für diese Dinge herkommen kann – ohne daß die Bürger belastet werden.

Mehr Geld von den Reichen

Von den 4800 Gewerbebetrieben in Bottrop zahlen nur 1500 überhaupt Gewerbesteuer. Die könnten eine Erhöhung von 5 Prozent durchaus verkraften. Für die Stadt würde eine solche Erhöhung 1,5 Mio. DM mehr an Einnahmen bedeuten. Außerdem muß die Zahl der Steuervollzugsbeamten erhöht werden, die das Geld von den Unternehmern eintreiben. So ein Mann (oder eine Frau) kostet im Jahr 60000 DM an Personalkosten. Dafür bringt er der Stadt durch seine Arbeit im Jahr 200000 bis 300000 DM wieder rein.

Boytalgelände zurückverkaufen!

Im Boytal soll ein Gewerbegebiet angesiedelt werden, trotz massiver Bürgerproteste. Bisher hat die Stadt dafür schon 4 Mio. DM ausgegeben – nur für Grundstückskäufe von der VEBA. Weitere 10 Mio. sind für die Herrichtung des Geländes eingeplant, aber erst Mitte der 90er Jahre. Es muß endlich Schluß sein mit dieser Geldverschwendung! Die Stadt soll das Gelände an die VEBA zurückverkaufen. Das würde sofort mindestens 2 Mio. in die Kasse bringen.

Hier kann gespart werden!

- **Senkung der Diäten: 370000 DM**
- **Senkung der Zuschüsse an die Fraktionen: 60000 DM**
- **Kürzung der Gelder für Repräsentation von OB und Oberstadtdirektor („Schikkergeld"): 35000 DM**
- **Verringerung der Pöstchen in der Revierparkgesellschaft: 36000 DM**
- **Statt neuem Mercedes einen neuen Opel für den OB: 20000 DM**
- **Westring-Ausbau zweispurig statt vierspurig: 500000 DM.**

Der sowjetische Regierungschef Michail Gorbatschow hat sehr vernünftige und realistische Vorschläge gemacht, wie man die Welt bis zum Jahr 2000 von Atomwaffen befreien kann. Diese Vorschläge machen nicht nur den Frieden sicherer, sie bringen auch Geld, denn: In diesem Jahr werden pro Kopf der Bevölke-

Was hat die Rüstung mit Bottrop zu tun?

rung 1246,– DM für Rüstung ausgegeben. Das macht für Bottrop (116 000 Einwohner) 144 Mio. DM. Wenn im nächsten Jahr auf die geplante Steigerung der Rüstungskosten um 2 Prozent verzichtet wird, könnte Bottrop 2,88 Mio. DM mehr in der Stadtkasse haben. Und eine Kürzung der Rüstungskosten um 10 Prozent im übernächsten Jahr würde für unsere Stadt glatt 14 Mio. DM bringen. Und niemand kann ernsthaft behaupten, daß durch solche Maßnahmen unsere Sicherheit gefährdet wäre!

Bangemann, geh du voran . . .

Genau genommen gibt es zwei Martin Bangemanns, und auf den ersten Blick passen sie gar nicht zusammen. Da ist der junge Rechtsanwalt, der Ende der 60er Jahre junge Demonstranten verteidigt und für die Abschaffung der Berufsverbote ist. Doch rasch erfolgt sein Werdegang nach dem internen FDP-Motto: liberal-fortschrittlich anfangen und dann steil nach rechts Karriere machen.

Schon 1974 bringt sich der baden-württembergische Landesvorsitzende als Vorreiter für eine Rechtskoalition mit CDU und CSU ins Gespräch. Und ganz im Sinne des FDP-Politikers Dehler, der die Gewerkschaften in den 50er Jahren für „zuchthausreif" erklärte, machte Bangemann scharf Front gegen die Gewerkschaften. 1977 gehört er zu den geistigen Vätern und Initiatoren eines Antigewerkschaftsgesetzes. Im Januar 1977 präsentiert er den Entwurf eines „Verbändegesetzes". Mit ihm soll die Kampfkraft und der Bewegungsspielraum der Gewerkschaften rapide eingeschränkt werden. Schon 1975 holzt er gegen die gewerkschaftlichen Forderungen nach Mitbestimmung.

Einen solchen Politiker ließ das große Kapital natürlich nicht fallen, als seine Politkarriere einen Knick bekam. Er verlor den Landesvorsitz in Baden-Württemberg und die Position des Generalsekretärs. Aber wie ein Stehaufmännchen war er zur Stelle, als die FDP-Spitze die Koalition mit der SPD aufkündigte und zur CDU/CSU ins Bett stieg. Von nun an gings bergauf: Wirtschaftsminister, FDP-Vorsitzender. Ein williger Interessenvertreter des großen Geldes. Ganz auf dieser Linie lag denn auch sein Frontalangriff auf Kohle und Stahl, auf die Existenzgrundlagen des Ruhrreviers.

UdSSR

Große Rundreise durch die UdSSR, 15 Tage VP, Dolmetscherbetr., ab Ruhrgebiet. Verschiedene Reisetermine ab 2155 DM, Informationen anfordern.

Kuba

Erholungsreisen/Informationsreisen (Kombination), z. B. 15 Tage, Ü/F, 1628 DM, ab Köln/Bonn. T.: (0 20 41) 2 34 41.

Moskau – Leningrad

8 Tage / 7 Übern. inkl. Besichtigungsprogramm, VP, Dolmetscherbetr., ab Ruhrgebiet ca. 890 DM, 15.–22. November 1987.

Neulich im Rathaus

Die Ratsherren Beckhoff und Fockenberg, beide CDU. Unser erfundenes Gespräch ist dennoch wahr.

Erinnerungen an Rheinbaben:

„Die Rechnung zahlten wir“

„Bangemann meint es ernst, und gegen diesen Generalangriff auf Kohle und Stahl müssen wir uns rühren. Bottrop darf keine tote Stadt werden. Das Ruhrgebiet muß leben!“ Mucksmäuschenstill war es in der „Schattigen Buche“ im Eigen, als Clemens Kraienhorst, ehemaliger Betriebsratsvorsitzender auf Rheinbaben, dies sagt.

Fast genau zwanzig Jahre ist es her, daß die Zeche Rheinbaben stillgelegt wurde. Anläßlich dieses Tages hatte die DKP zum Rheinbaben-Treffen eingeladen. Ehemalige Bergleute, aktive Kumpels und ihre Frauen, Kollegen aus anderen Gewerkschaften, Sozialdemokraten, Pfarrer Lautner, Kommunisten und die DKP-Ratsfraktion waren gekommen.

Im überfüllten Saal brachte es Clemens Kraienhorst auf den Punkt: „Die Profitpolitik dieses Wirtschaftsministers trifft uns alle: die Kumpel, die Stahlarbeiter, die Geschäftsleute, die Familien.

Die Erfahrung meines Lebens ist: Wenn die Arbeiter zusammenhalten, wenn sich die Betroffenen gemeinsam wehren, wenn sie kämpfen, dann ist was zu machen.“

Siggi Rutz, der DKP-Fraktionsvorsitzende, erhält den ungeteilten Beifall der Anwesenden, als er Oberbürgermeister Wilczok auffordert, eine Sondersitzung des Rates zum Thema Kohle einzuberufen.

„Es darf nicht heißen, jeder stirbt für sich allein. Das ganze Ruhrgebiet muß aufstehen!“

Franz Meichsner, Herbert Dibowski, Franz Kemptner, ehemalige Rheinbaben-Kumpels und Clemens Kraienhorst (Kutsche) bei der DKP-Demo durch den Eigen. Foto oben rechts. Auf dem Rheinbaben-Treff saßen Franz Kemptner, Walter Becker (ehem. Betriebsrat auf Rheinbaben), Clemens Kraienhorst, Siggi Rutz auf dem Podium. Foto unten rechts. Auch Kurt Küther und Werner Worschech traten auf.

Spielhöllen und kein Ende?

Eine Spielhalle an der anderen. Diese Version ist glücklicherweise abgewendet worden.

Der Wegfall traditioneller Einzelhandelsgeschäfte und der massive Einzug von Spielhöllen in die Innenstadt löst bei allen Bürgern große Verärgerung aus.

Aus jedem freiwerdenden Ladenlokal wird in kürzester Zeit eine Spielhölle. Jeweils drei Automaten erlaubt der Gesetzgeber pro Spielhalle, installiert sind in einer aber 40 und mehr. Der Trick: Die Automatenaufsteller unterteilen die Hallen in Kabinen von je drei Automaten, um sie dann als eigenständige Spielhallen zu bezeichnen. Ein Spiel dauert ca. 15 Sekunden. Der Gewinner heißt aber nicht Spieler, sondern ist immer der Automatenaufsteller und der Staat. Noch weniger als Alkoholismus wird Spielsucht als Sucht erkannt und anerkannt. Spielsucht wird verharmlost, gilt als Leidenschaft, als spannender Nervenkitzel. Doch zwischen Krise, Arbeitslosigkeit und Glücksspiel besteht ein Zusammenhang: 1978, bei 1,08 Millionen Arbeitslosen, nahmen 50 Prozent der Bevölkerung an legalen Glücksspielen teil. 1984 bei 2,2 Millionen waren es schon 75 Prozent. Die DKP beantragt jetzt eine Veränderungssperre für die Innenstadt, damit sich der Bazillus Spielhöllen nicht noch mehr ausweiten kann.

Martina Peukert,
Telefon 4 40 40

Erfolg für Eltern

Eltern aus den Stadtteilen Fuhlenbrock, Vonderort und Stadtmitte setzten sich für die Erweiterung ihrer Kindergärten ein. Dank ihrer eigenen Aktivitäten konnten die Eltern folgende Erfolge erringen: Im städtischen Etat 1987 sind 120 000 DM für die 4. Gruppe St. Ludger bewilligt. Für die 3. Gruppe St. Suitbert stehen im nächsten Jahr 114 000 DM zur Verfügung. Zwei weitere Stellen sollen im Kindergarten an der Zeppelinstraße eingerichtet werden. Insgesamt ein schöner Erfolg, den die Eltern sich selbst organisiert haben.

Pläne vom Tisch

Die Anlieger der Viktoriastraße können aufatmen.

Die Verwaltung hat die Aufhebung des Bebauungsplanes vorgeschlagen, der die Bebauung des Innengeländes zwischen Viktoriastraße, Schoolkamp und Aegidistraße vorsah.

Die Bürger hatten vehement gegen diese Pläne protestiert und Erfolg damit: Einstimmig beschloß der Planungsausschuß nun, die Sache endgültig zu begraben.

Herbert Dibowski,
Tel.: 33855

Keine Wohncontainer

Vor kurzem konnte man es in der Lokalpresse lesen: die vielbeschworene „Asylantenflut“ ist gar keine. Wie der Leiter des Sozialamtes, Herr Olenik, jetzt mitteilte, sind der Stadt viel weniger Asylbewerber zugewiesen worden, als man am Jahresanfang lautstark befürchtete. Außerdem konnten auch mehr Menschen als erwartet in normalen Wohnungen untergebracht werden. Damit sind die heftig umstrittenen Wohncontainer überflüssig. Bestätigung für all die Bürger, die sich mit viel Engagement für menschenwürdige Unterbringung der Asylbewerber eingesetzt haben.

„Lieder für Frauen, Lieder für Frieden, Lieder für Menschen“, unter diesem Motto trat Helga Mangold auf Einladung der DKP anläßlich des Internationalen Frauentages auf.

8. März

„Sehr verehrte Anwesende,
liebe Zeuginnen,

... ich stelle also fest, die meisten Frauen in Bottrop werden nicht bevorzugt, sie werden nicht einmal gleich behandelt.“ Zitat aus dem Schlußwort der „Richterin“ in der von der DKP-Theatergruppe inszenierten Gerichtsverhandlung anläßlich der zum 8. März, dem Internationalen Frauentag, in den Stadtteilen durchgeführten Veranstaltungen.

Insgesamt nahmen über 300 Frauen (und Männer) teil.

Jetzt anmelden!

Kinderferien mit der DKP vom 24. Juli bis 8. August 87. Preis 140 DM. Mitfahren können alle Jungen und Mädchen von 10 bis 14 Jahren! Es geht nach Stollberg und Rathsfeld in der DDR.